

Die Diktatur der Demokratie

Warum Übergangsverwaltungen in Krisenregionen oft ein schlechtes Vorbild sind



Ob Bosnien, Kosovo, Afghanistan oder Irak: Demokratieaufbau in Krisenregionen ist mittlerweile zur Standardstrategie der internationalen Staatengemeinschaft geworden. Die Auseinandersetzung mit den juristischen Aspekten dieser Interventionen fehlte bislang. Dabei ist sie dringend geboten. Denn um einen Staatsapparat aufzubauen, kommen den internationalen Behörden, von Juli Zeh »Übergangsverwaltungen« genannt, allumfassende Kompetenzen zu. Sie entlassen und ernennen Lehrer, Richter und andere Beamte. Sie privatisieren Staatsbetriebe, vergeben Mobilfunklizenzen, regeln Eigentumsfragen, erteilen Berufsverbote. Statt mit neuen Freiheitsrechten werden die Bürger mit einer autoritären Regierungsform ohne gerichtliche Kontrolle konfrontiert.

In ihrer an der Universität des Saarlandes vorgelegten Dissertation hat die Juristin einen konkreten Vorschlag zur Demokratisierung des Demokratieaufbaus entwickelt: »Das Übergangsrecht gehört der gleichen Kategorie an wie das Recht der Europäischen Union: Als sogenanntes supranationales Recht wird es weder dem Völkerrecht noch dem innerstaatlichen Recht zugeordnet.« Aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Überprüfbarkeit von EU-Recht leitet Zeh eine Möglichkeit ab, das von Übergangsverwaltungen erlassene Recht durch nationale Verfassungsgerichte zu kontrollieren. Nach allgemeinen völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Prinzipien kann es nämlich nicht sein, dass einer allumfassenden Machtausübung kein Rechtsschutz für die betrof-

fenen Individuen gegenübersteht. Auch der Demokratieaufbau in Krisenregionen darf nicht in einem rechtsfreien Raum stattfinden. »Hat man sich erst einmal an den Gedanken gewöhnt, dass das Übergangsrecht im Grunde nichts anderes darstellt als das seit Langem bekannte und »gezähmte« EU-Recht, dürfte einer ernsthaften Auseinandersetzung mit diesem Problem nichts mehr im Wege stehen«, hofft die Autorin.

Juli Zeh (37) studierte Jura an den Universitäten Passau und Leipzig und absolvierte anschließend den Aufbaustudiengang »Recht der Europäischen Integration«. Ihre rechtswissenschaftliche Promotion legte sie 2010 an der Universität des Saarlandes vor. Parallel zum Jurastudium studierte Juli Zeh Literatur am Deutschen Literaturinstitut Leipzig. Seit dem Erscheinen ihres ersten Buches »Adler und Engel« im Jahr 2001 arbeitet sie als Romanschriftstellerin und Publizistin. Ferner hatte Juli Zeh Poetikdozenturen an verschiedenen deutschen Hochschulen inne.

Beitragstitel Demokratie auf dem Reißbrett:
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen?

Juli Zeh

Promotion an der Universität des Saarlandes

Kontakt über Verlag Schöffling & Co.

Telefon +49·69·92 07 87 - 18

E-Mail sandy.brunzel@schoeffling.de